

[Startseite](#) › [Rhein-Main](#) › [Main-Taunus-Kreis](#) › [Hattersheim](#)

Koalition verteidigt Plan für Rechenzentren

15.05.2024, 19:36 Uhr

Frankfurter Rundschau



Eine Fotomontage zeigt einen der geplanten Datenspeicher am Keltenkreisel. Guttandin © Guttandin

Bürgerinitiative ist von Argumenten nicht überzeugt / Abstimmung heute im Stadtparlament

Hattersheim - Wenn heute Abend im Rahmen der 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (19.30 Uhr in der Stadthalle) der Städtebauliche Vertrag und der Bebauungsplan zur Erweiterung des Gewerbegebiet Nord zur Abstimmung kommen, dann ist nicht mit einer Überraschung zu rechnen. Bereits in der vergangenen Woche während der Ausschusssitzungen haben sich die Fraktionen klar positioniert: SPD und Grüne sind gegen den Data-Campus in Friedhofsnahe, CDU, FDP und Freie Wähler befürworten die weiteren Rechenzentrumshallen zwischen Mainzer

Landstraße und A 66. Gegenüber der Bürgerinitiative im Einsatz für Naturerhalt (BiENE), die das Projekt verhindern möchte, hat die Koalition aus CDU, FDP und FW nun die Entscheidung begründet.

„Schlüssel des digitalen Wandels“

Vorausgegangen war ein Fragebogen der Bürgerinitiative, der an alle Parteien verschickt wurde. Darin erkundigten sich die BiENE-Mitglieder mit insgesamt 18 Verständnisfragen über die Pläne für das erweiterte Gewerbegebiet Nord. Unterteilt waren die Fragen in die Themenkomplexen „Lage und Stadtbild“, „Klima und Energie“, „Weitere Auswirkungen auf Natur und Mensch“ sowie „Finanzielle Auswirkungen“.

Wie die Bürgerinitiative berichtet, wurden die einzelnen Fragen durch die Oppositionsparteien SPD und Grüne zeitnah und nach deren eingeschränktem Kenntnisstand beantwortet, während eine Reaktion der Koalitionsparteien CDU, FDP und FW fast zwei Wochen auf sich habe warten lassen. Über die E-Mail, die der CDU-Fraktionschef Michael Minnert dann schließlich im Namen der drei Koalitionspartner schrieb, waren die Mitglieder der BiENE allerdings verwundert.

Die Kritik der Bürgerinitiative: Mit der E-Mail sei keine einzige der gestellten Fragen beantwortet worden, stattdessen seien „Textbausteine aus dem Bebauungsplan und weitere - eher allgemeine gehaltene - Ausführungen sowie Unwahrheiten aneinandergereiht“ worden, wie die BiENE-Initiatorinnen Svenja Stöbbe und Julia Habel monieren.

Im Schreiben der drei Oppositionsparteien wird betont, dass Rechenzentren „mittlerweile notwendiger und unverzichtbarer Bestandteil unserer Wirtschaft, ja unseres gesamten Lebens“ seien. Als „Rückgrat der Digitalisierung“ sowie „Schlüssel des digitalen Wandels“ würden sie zunehmend zur kritischen Infrastruktur gehören. Zudem ist dem Schreiben zu entnehmen, dass Rechenzentren dazu beitragen können, „die Anpassung an den Klimawandel zielgerichteter zu entwickeln, um besser und früher vor Extremwetterereignissen zu warnen, Diagnose und Behandlung in der Medizin zu verbessern, um Wälder an den Klimawandel anzupassen, zur Minderung von Treibhausgasemissionen beizutragen, und Vieles mehr“.

Die Bedeutung der Rechenzentren im Allgemeinen bestreiten die Mitglieder der Bürgerinitiative auch nicht, wie sie entgegen. Man sei „grundsätzlich nicht negativ gegen den Bau von Rechenzentren“ eingestellt, so Stöbbe und Habel. Allerdings sei man der Überzeugung, dass „es in Hattersheim vergleichsweise bereits jetzt schon zu viele Rechenzentren gibt und dass der vorgesehene Standort für weitere Rechenzentren am Friedhof als falsch“ für die Stadt erachtet wird.

Neben dem Versäumnis, bereits bei der Ansiedlung der ersten Rechenzentren in 2017 die Nutzung der Abwärme zu klären, kritisiert die Bürgerinitiative auch die Versiegelung der Flächen und den „stetig ansteigende Energieverbrauch“ der Rechenzentren. Diesbezüglich weist die Koalition darauf hin, dass nur 5,7 Hektar der Gesamtfläche von rund 7 Hektar bebaut werden, die restlichen zwanzig Prozent der Fläche stünden für Begrünungsmaßnahmen zur Verfügung.

Zudem sei von den Rechenzentrumsbetreibern NTT und Ionos für den Standort am Friedhof vorgesehen, den gesamten Energiebedarf „aus 100 Prozent erneuerbaren grünen Quellen“ zu beziehen. Nachdem einige Bürgerinnen und Bürger, darunter zahlreiche Mitglieder der Bürgerinitiative, bereits in der vergangenen Ausschusssrunde das Rederecht erhalten hatten, besteht heute im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung nochmals die Möglichkeit, sich zu äußern. Die obligatorische Bürgerfragestunde beginnt um 19.30 Uhr.

Kommentare